

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis d. 1.-31. Juli im voraus 150 G. Pfg. freibt., auschl. Erägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,20 Goldmark, 3 gesp. Reklamezeile 0,45 Goldmark, Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabebetage erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstube in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7-12, 2-5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eise; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penzig bei Firma Wilhelm Pähler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niedermiera, Obermiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 165

Donnerstag, den 17. Juli 1924

47. Jahrgang.

Ein neuer deutsch-russischer Zwischenfall.

Die Finanzminister der Länder setzten die Beratung über die Entschädigung für die Ueberlassung der Eisenbahnen an das Reich fort.
Der Reichstag wird erst am 28. Juli zusammentreten.
Fürst Otto v. Bismarck ist bei Bamberg im Flugzeug abgestürzt.
In Schwerin wurde der neue Landesleiter der kommunistischen Partei Neubacher verhaftet.
Der Reichslandbund will den verteuerten Zwischenhandel ausschalten.
Oberbürgermeister Scheidemann in Rassel ist zum 1. September in den Ruhestand versetzt worden.
Die Bergakademie in Freiberg wurde am 12. Juli geschlossen.
Die französische Kammer hat die Amnestievorlage angenommen und sich bis zum 29. Juli vertagt.
Die Londoner Konferenz ist heute Mittwoch Vormittag zusammgetreten. Ihre Dauer wird sich bis in den August hinziehen.
In Brasilien finden schwere Kämpfe mit den Aufständischen statt.

nicht bedeutend, und wenn jetzt Poincaré als unverantwortlicher Senator sich herausnimmt, seinem Nachfolger den Zukunftsweg vorzuzeichnen, und Herriot sich dies gefallen läßt, so kann erst recht eine wenig erbauliche Entwicklung eintreten. In England wird der Ministerpräsident Macdonald diese Entwicklung mit sehr gemischten Empfindungen beobachten, und daß bei der Londoner Konferenz nicht viel herauskommen wird, wenn Herriot fortwährend auf seinen Vorgänger schauen muß, ist sehr natürlich.

die lediglich von Sachverständigen- und Ausschuß-Arbeiten ausgefüllt sein würde, und schließlich eine neue Versammlung der alliierten Minister und der Beginn der Besprechungen mit den deutschen Delegierten stattfinden.

Die Londoner Konferenz.

Eröffnung durch Macdonald.
Die Delegationen für die Londoner Konferenz sind, soweit sie nicht schon vorher angekommen waren, im Laufe des Dienstags in London eingetroffen. Der Beginn der Konferenz war bekanntlich auf Mittwoch 11 Uhr angesetzt worden. Man nimmt an, daß die Konferenz nach der Begrüßungsrede durch Ramsay Macdonald und sonstigen Einleitungsreden einen Unterausschuß einsetzen werde, um die Reihenfolge der Punkte festzusetzen, die die Konferenz erörtern soll, und einen Finanzausschuß, um die Frage der Anleihe für Deutschland und die Berichte der Organisationsausschüsse des Dawes-Berichtes zu prüfen.

Fragen und Antworten.

Politische Aussprache im Unterhaus.
Als Auftakt zur Londoner Konferenz fand im Unterhause eine große politische Aussprache statt, in deren Verlauf die Führer der Liberalen und der konservativen Partei, Asquith und Baldwin, Fragen an die Regierung richteten, die offenbar dazu bestimmt waren, Macdonald noch einmal kurz vor der Eröffnung der Konferenz Gelegenheit zu geben, seine Erwartungen vor aller Welt darzulegen.
Asquith über die Sicherheitsfrage.
Asquith, der Führer der Liberalen, richtete an Macdonald u. a. die Frage, ob die Wahrscheinlichkeit bestehe, daß sich die Vereinigten Staaten nunmehr an der Reparations-Konferenz zu beteiligen beabsichtigen. Weiter wollte er hören, ob Macdonald mit der französischen Regierung zu irgend einem Einvernehmen über die Räumung des Westufers des Rheines im Jahre 1925 und über die für die Sicherheit Frankreichs zu treffenden Maßnahmen gelangt sei. Fast für die gesamte Zukunft irgend welcher internationaler Abmachungen sei es von Wert, zu wissen, ob über die Frage der Sicherheit schon etwas entschieden sei.

Die Streitfragen.

- „Daily Telegraph“ gibt eine Reihe von Punkten an mit denen sich voraussichtlich die Konferenz beschäftigen werde. Darunter sind folgende:
1. Welche Stellung wird Deutschland in den Verhandlungen einnehmen, da es offenbar ein interessiertes Land ist und eingeladen werden muß, Protokolle zu unterzeichnen? Wird Deutschland eingeladen werden, die auf dieser Konferenz oder auf einer folgenden Konferenz aufgeworfenen Fragen zu erörtern, oder wird es Deutschland nur gestattet sein, seinen Standpunkt der Reparationskommission oder vielleicht durch diplomatische Mittel und Wege darzulegen?
 2. Welche Zeitpunkte und Bedingungen werden vorgeschrieben für die Anwendung des Dawes-Berichts, d. h. für die Verabschiedung der notwendigen Gesetze durch das Reich und für die Auslieferung der von Frankreich und Belgien beschlagnahmten Sicherheiten im Ruhrgebiet an die neuen internationalen Kontrollorgane? Man spricht jetzt vom Oktober als vom wahrscheinlichsten Datum. Welche Autorität, die Reparationskommission oder eine eigens zu diesem Zweck gebildete schiedsrichterliche Organisation soll erklären, daß der Dawes-Bericht in Wirksamkeit getreten ist?
 3. Wann soll die gegenwärtige militärische Besetzung bis zur Unsicherheit abgeändert werden, und wann soll diese Besetzung vollständig aufhören?
 4. Welche Körperschaft soll feststellen, ob Deutschland in einem bestimmten Augenblick sich im Zustand der notwendigen Nichterfüllung befindet, der Finanzausschuß des Völkerbundes oder die Reparationskommission, ergänzt durch einen Amerikaner?
 5. Wenn eine höfswillige Nichterfüllung Deutschlands von der befugten Autorität festgestellt werden sollte, in welcher Form werden dann die Deutschland-Sklavengericht übertragen, oder wird eine einzelne Macht bzw. eine Mächtegruppe in der Lage sein, Sanktionen zu verhängen ohne Rücksicht auf die anderen Mächte?
- Die Dauer der Konferenz.**
Wie Bertinax aus London dem „Echo de Paris“ berichtet, wird sich voraussichtlich die Konferenz bis zum 10. oder 12. August hinziehen und in drei Abschnitte zerfallen. Zunächst wird eine Aussprache der Premierminister unter gleichzeitiger Inanspruchnahme der bereits erwähnten Sachverständigen-Ausschüsse die Konferenz eröffnen. Dann wird eine zweite Etappe.

Jede Versicherung und jede Garantie, die die englische Regierung für die Sicherheit Frankreichs mit diesem eingegangen sei, dürfe keine separate Maßnahme, sondern müsse ein Teil eines Allgemeinvertrages unter den Ansprüchen des Völkerbundes sein. Die Frankreich angebotene Sicherheit müsse zu denselben Bedingungen auch Deutschland angeboten werden, und es sei offensichtlich, daß Deutschland zum Völkerbund zugelassen werden müsse, und daß seine Vertreter im Völkerbundsrate einen Sitz erhalten müßten.
Es müsse eine allgemein europäische Sicherheit gegen jede Macht geschaffen werden, die mit Gewalt gegen die Abmachungen des Völkerbundes vorgehe.
Baldwin über die Teilnahme Deutschlands.
Der konservative Führer, Baldwin, wollte ebenfalls wissen, ob Amerika mitmachen werde und wünschte ferner Gewißheit über die Frage der Sanktionen.
So wie er unterrichtet sei, werde die Konferenz ohne die Anwesenheit deutscher Delegierter eröffnet werden, würde aber Deutschland in dem Falle, daß eine Einigung zwischen den Alliierten erzielt würde, zu einem späteren Stadium der Konferenz hinzugezogen werden.
Angesichts der Tatsache, daß das Dawes-Gutachten Deutschland dem Versailler Vertrage gegenüber wesentliche Erleichterungen verschaffe, (??) dürfe natürlich Deutschland nicht zögern, dieses anzunehmen.

Macdonalds Antwort
besagt u. a.: Wenn in dem Dawes-Gutachten Punkte vorlämen, die Deutschland zu Verpflichtungen zwingen, die im Versailler Friedensvertrag nicht vorgesehen seien, so sei das eine Frage, die gegenwärtig der Prüfung der Sachverständigen anheim gegeben sei. Es könne keinen Frieden in Europa geben, bis nicht England und Frankreich einen Grad von Einigkeit erreicht hätten, der in den letzten Jahren leider gefehlt habe. Dieses Ziel zu erreichen, habe er bisher auf jedem Wege versucht. Man müsse jedoch, während man bestrebt sein müsse, Frankreich jede Sicherheit nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zu verschaffen, bemüht sein, zu verhindern, daß Frankreich die gesetzlichen Bestimmungen des Vertrages überschreite. Mit Bezug auf die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Reparationskommission erklärte Macdonald, es sei natürlich für Amerika unmöglich, ohne den vorgeschriebenen gesetzlichen Weg darüber zu bestimmen, ob ein offizieller Vertreter ernannt werde.

Waldenburg, 16. Juli 1924.
In Frankreich ereignet sich jetzt das für Politiker gerade nicht sehr erbauliche Schauspiel, daß der durch die Kammerwahlen vom 11. Mai gestürzte Poincaré sich als Herr der Lage zeigt und ohne irgend welche Verantwortlichkeit einen kaum geringeren Einfluß auf den Gang der auswärtigen Politik ausübt, wie es während seiner Tätigkeit als Ministerpräsident der Fall war. Parlamentarisch ist das keineswegs, aber es ist nicht das erste Mal, daß sich eine solche politische Komödie abspielt. Vor etwa 45 Jahren war Leon Gambetta, der Diktator von 1870-71, als Präsident der Deputiertenkammer der eigentliche und nicht verantwortliche Regent der französischen Republik, der nicht nur die Politik leitete, sondern auch nach seinem Belieben die Minister berief und die Beamten bestimmte. Wer weiß, was daraus geworden wäre, wenn er nicht plötzlich gestorben wäre.
Diesmal ist die Sache nun noch drastischer. Zu Gambettas Zeit waren die nominalen Minister seine politischen Gefinnungsgenossen, während heute Herriot und seine Kollegen die ausgesprochenen Gegner des bisherigen Ministeriums sind. Und doch lassen sie sich von Poincaré leiten. Herriot hat in seinen Wahlreden ausdrücklich erklärt, daß das Ruhrgebiet geräumt werden soll, und jetzt sagt er, ganz wie Poincaré, daß die Räumung erst dann vor sich gehen darf, sobald Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Herriot ist demnach in die Geleise des Poincarismus eingelenkt, daß selbst sein Vorgänger ihm Beispiel gesetzt hat. Jetzt steht der bisherige Bürgermeister von Lyon, der eifrigste Verfechter der radikal-sozialistischen Ideen, in den Banden des ärgsten Chauvinismus, und er wird sich daraus nur durch seinen früheren oder späteren Rücktritt befreien können; denn wollte er jetzt unzusammenhängend versuchen, so würde er darüber zu Fall kommen.
Wenn es nur nach der auswärtigen Politik gegangen wäre, so hätten weder der Premierminister Poincaré, noch der Staatspräsident Millerand ihre Plätze zu räumen brauchen. Denn was diese beiden Männer dachten, das war auch die vorwiegende Stimmung des französischen Volkes. Den Ausschlag bei den Wahlen hat die Finanz- und Steuerpolitik des früheren Ministeriums gegeben, denn es existieren kaum widerspenstigerer Steuerzahler als die Franzosen. Bisher war ihnen erzählt worden, Deutschland werde alles bezahlen, und man hatte das geglaubt. Aber dieser Glaube ist ins Wanken geraten, seitdem sich die Stimmen mehrten, daß das Deutsche Reich die ihm auferlegten Lasten nicht erfüllen kann. So steht der Franzose zwischen Baum und Borke, er haßt den Deutschen und möchte ihn zugrunde richten, er will aber auch so viel Kriegskosten von ihm heraus schlagen, daß er tunlichst steuerfrei wird.
Weldes läßt sich allerdings nicht vereinigen, und Frankreich muß abwarten, was die Weisheit seiner Staatsmänner fertig bringt. Die Proben für ihre Einigkeit, die sie bisher abgeleat haben, waren bekanntlich

